

Halle'sche Zeitung



1919 Nr. 369

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,80, vierteljährlich Mk. 4,50 mit Post. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,30 außer Postgeb.
Verkaufsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentral-7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 31. Juli

Anzeigenpreis: Die Zeile 38 mm breit, 1 mm-Breite 20 ct. Die Zeile 90 mm breit 1 mm-Breite 60 ct. Raum nach Zeit, Verlagsort Halle-Saale.
Verkaufsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf zum Kurier Nr. 6390. Eine Berliner Schriftleitung. — Druck und Druck von Otto Ebele Halle-Saale

Die Denkschrift Ludendorffs

Neueste Tagesnachrichten

- * In den Verhandlungen um des Schulfompromiss ist es zum Teil zu einer Einigung gekommen.
- * Wien protestiert gegen den Vernichtungs-Jubel.
- * Die Belgische Kammer hat dem Friedensvertrag seine Zustimmung und wird in den nächsten Wochen über die Ratifikation verhandeln.
- * Der größte Teil der in Scapa Flow versenkten Schiffe soll gehoben werden.
- * Frankreich verlangt, daß die badiische Entlastung im Elb- und Eifel-Vorbringen geschehen werden soll.

Sicherungen und Kriegsziele

Ministerpräsident Bauer hat in seiner Rede am Montag den 29. Juli 1917 zwischen dem Reichsfeldmarschall Ludendorff und dem Generalfeldmarschall Hindenburg, Hindenburg hat sich auch auf die belgische Frage bezogen. In dem Antwortschreiben des Generalfeldmarschalls ist eine Denkschrift Ludendorffs beigelegt, die jetzt im Wortlaut mitgeteilt wird. Sie soll zeigen, daß der Reichsfeldmarschall Ludendorff wenigstens Teile nach der Frontstellung vom 11. September, in der eine militärische Preisung Belgiens beschlossen war, sich wieder völlig unter den Einfluß des Großen Hauptquartiers begeben hatte, das seinerseits für eine offene Annexion Belgiens und für eine verschleierte Annexion ganz Belgiens eintrat. Unter der Leitung dieser Denkschrift hat der Reichsfeldmarschall den Beschluß des Kronrates überhaupt nicht ausgeführt. Die Denkschrift lautet:

Seit den Verhandlungen in Berlin ist auch über die Lage unserer Fronten gesprochen worden. Ich halte mich für verpflichtet, hierauf nochmals zurückzukommen nach den Verhandlungen wiederzugeben, in dem ich mich bewegen. Ich habe ihn hier in Bezug auf Drogen und Wein auf Landwirtschaft und Heereslieferungen erörtern. Unsere Lage im Januar ist nach Angabe der Reserveroffiziere sehr viel besser als heute. In Rohle, in Bezug auf Rohle leider durch früheres Verschulden. Unsere Finanzwirtschaft ist außerordentlich ansehnlich. Durch die Reichstagsmehrheit ist unsere Lage im Innern zu einer wenig gefährlichen gemacht. Die Arbeiter- und Arbeit- und die Gefesfrage hat sich verschärft. Ich meine aber, diese inneren Schwierigkeiten müßten durch die feste Leitung der jetzigen Regierung überwunden werden. Wichtig ist es, Defizit zu beseitigen, um wie ich es hier nicht mehr erörtern, für einige Monate durchaus an und gesteuert. Auch Bulgarien wird entgegenkommender, nachdem westlich des Scheldtflusses die Franzosen lokale Vorteile erlangen haben. Der Frieden wird vorläufig sicher. Daß unsere Lage verbessert ist und der U-Bootkrieg Erfolg hat, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Demgegenüber ist die Lage der Entente erheblich schwieriger. Rußland treibt der inneren Auflösung immer stärker entgegen. Dabei scheidet es als vollwertiger Gegner immer mehr aus. Die inneren Zustände müssen eine Verpflegung- und Weismittelkrise im Winter mit Sicherheit hervorgerufen. Diese Zustände werden von Rumänien zurückzuführen. Die Verhältnisse im Osten haben für uns eine sehr günstige Gewähr angenommen. Die übrigen Ententemächte mit Ausnahme und Rumänien kommen nicht mehr in vollem Umfang in Frage. Italien rechnet aufeinander auf einen Erfolg in der 1. Monatsfrist. Das wird ihm verweigert werden. Die inneren Verhältnisse treiben dabei zur Krise. Die Rohstoff- und Weismittelkrise werden. Daß das neue Ministerium für die Dauer freigegeben, kein wie es das bisherige, ist nicht annehmbar, das Gegenstück ist zu erwarten. Auch Frankreich steht vor einer Krise. Alle Nachrichten aus Frankreich stimmen darin überein, daß der U-Bootkrieg nicht, daß die Ernährungslage schwierig ist und daß die englische Regierung mit harten sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Drang nach Frieden ist in England wieder stärker. Ich brauche mich hierüber nicht weiter auszuführen. Sollte England ernsthaft Schritte unternehmen, so wäre das ein Zeichen, daß es nicht mehr glaubt, den

Krieg zu gewinnen. Von hier ist zur Ueberzeugung, daß es ihm nur noch verlängern kann, ist kein weiter Schritt. Die Hoffnung der Entente sei Rußlands Niedergang in Amerika. Es darf, wenn auch nicht unterschätzt, so auch nicht überschätzt werden. Das Verhältnis zwischen Italien und seinen Bundesgenossen war behaglich geblieben. Lebensfähig sind harte Meinungen unter den Mitgliedern der Entente entfallen. Große militärische Erfolge hat das Jahr 1917 der Entente bisher nicht gebracht. Nur Mesopotamien ist von den Ententlern gewonnen. Die großen Kampferfolge zu Land und Wasser stehen auf unserer Seite (U-Bootkrieg).

Ich ziehe den Schluß, unsere militärische Lage ist günstiger als die der Entente. Unser Vorrat ist fetter. Die Schwierigkeiten im Innern sind bei und schwieriger als bei der Entente. Trotzdem bin ich auch der Ansicht, daß ein Frieden für uns erstrebenswert ist, wenn er das Nützlichste bringt, was wir zur Sicherstellung unserer wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen, und uns in eine militärische Lage versetzt, die uns einem neuen Verteilungskrieg ruhig ins Auge sehen läßt. Die Kraftquellen unserer militärischen und wirtschaftlichen Überhand liegen — außer in der Armer und Flotte — in der Landwirtschaft, den Bodenschätzen und unserer Kraft entwickelten Industrie. Ohne Rumänien und die anderen besetzten Gebiete wären wir in eine hochbedenkliche Verpflegungslage gekommen. Auch mit Rumänien ist es ernst genug gestanden. Sie würde sich noch verschlechtern, wenn wir Belgien zu verpflegen hätten. Dies können wir zur Zeit nicht. Wir müssen daher einen Zuwachs an Land erhalten. Dies finden wir nur in Rußland und Litauen, die gute landwirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Bei der Gallung Polens müssen wir uns militärisch sichern, die Grenze Litauen und Ostpreußen nach Süden ziehen und Ost- und Westpreußen etwas verbreitern. Erst dann können wir Preußen schützen. Auch an einigen Stellen der Praying Polen läßt die Grenze militärisch zu ungenügend. Ob wir mit Rußland die anderen Ostseeprovinzen anziehen wirken, muß der weiteren politischen Entwicklung überlassen werden. Wie günstig ein besserer Lebensmittelbestand unser Verhältnis zu den neutralen Staaten beeinflussen würde, soll hier nur getreift werden.

Korn und Kartoffeln sind Macht wie Kohle und Eisen. Unser Bodenschätze und unsere Industrie liegen an den Grenzen des Reiches zu ungenügend wie möglich. Regierung und Reichstag haben die schwierige Lage des obersteilichen Reiches schon vor dem Kriege erkannt und die Standorte dort vermehrt und vergrößert. Dies allein genügt nicht. Wir müssen Obersteilichen aus durch Landgewinn schützen. Im Westen haben wir die beiden großen Zentren der Industrie und Luxemburgischen Erzbergwerke mit dem Saarrevier und dem rheinisch-belgisch-holländischen Industriegebiet, das sich nach der belgisch-holländischen Grenze immer mehr ausdehnen wird. Die Gefährdung dieser Gebiete ist in diesem Kriege nicht in Erscheinung getreten, weil wir im Aufmarsch der Entente ausgerechnet sind. Außerdem war die Bestimmung der Industriegebiete anfangs überhaupt nicht voll erkannt. Hierin besteht jetzt kein Zweifel und es muß damit gerechnet werden, daß der Feind alles versuchen wird, und in diesen Gebieten zu treffen. Wird dieses gelingen, so wären wir nicht in der Lage, einen Verteidigungskrieg zu führen. Wir wären auch wirtschaftlich erledigt.

Die innerpolitischen Folgen

Will ich nicht erörtern. Der sichere Erfolg dieser beiden Gebiete ist für uns eine Lebensfrage. Wir müssen hier das erreichen, was wir irgend erreichen können und wozu unser Land berechtigt ist. Erreichen wir nicht, so kann unsere Landes nur mit schwerer Sorge gedacht werden und es wäre kaum vorzuziehen, weiter zu kämpfen und noch nicht an Frieden zu denken.

Wir müssen und darüber klar sein, daß das, was wir nicht erreichen, im Frieden durch hohen militärischen Aufwand (Unterstützung von Fliegertruppen, harte Ueberwachung) ausgeglichen werden muß, soweit dies überhaupt möglich ist. Das industriell-ökonomische Bedenken verlangt einen Geländezuwachs nach Westen. Je größer er ist, desto leichter wird die Sicherung. Die Veranschlagung der

Grenze wie vor dem Kriege würde es mit sich bringen, daß sehr politische Benutzungen auf die Werke mit ihrer harten Arbeiterschaft zurückzuführen würde. Bei Beginn der Friedenszeiten wurden die Betriebe lahmgelegt und Beschäftigten ausgetrieben. Auch in den zu erwartenden Gebietsstreifen liegen Gruben, zunächst würde dieser Zuwachs geschehen, im Frieden sofarum mit unseren Erzen umzugehen; da die deutschen Erzvorkommen leider sehr beschränkt sind, ist dieser Punkt nicht unwesentlich. Vor allem wird und zu erwartenden Gebietsstreifen eine Gewähr geben, daß die jetzt im deutschen Gebiet befindlichen Gruben auch im Kriege arbeiten, wenn sie dann unmittelbaren militärischen Schutz haben. Selbstverständlich bleibt das Gebiet durch Artillerie und Flieger immer sehr gefährdet. Und wird harte Sicherungsmassnahmen nötig machen, da wir unsere Grenzen dort nicht bis zur Raas vorstrecken können.

Um so dringender ist die unverfälschte Erhaltung des niederbelgisch-westfälischen Gebietes. Was die flandrische Küste für Luftangriffe auf England für dieses ist, das ist die Maaslinie bei Lüttich für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiet zwischen beiden Enden der Maas und südwärts bis St. Vith fest in der Hand behalten. Bisher war das nur durch Einverleibung in das deutsche Reich zu erreichen. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben.

Wir müssen ein englisches-belgisches-französisches Meer- und weiter ausdehnen. Dies kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluss an uns wünscht. Der wirtschaftliche Anschluss soll ohne starken militärischen Druck — keine Okkupation — und ohne Besetzung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein.

Die Neutralität Belgiens

ist ein Phantom, das nicht gemacht werden kann. Ganz sicher werden wir erst, namentlich da der Tunnelbau Dover-Galais behält wird, wenn wir ganz Belgien militärisch besetzen und an der flandrischen Küste hindern. Trotz aller Schwierigkeiten Englands können wir dies derzeit nicht erreichen. Es fragt sich, ob wir um dieses Ziel den Krieg fortsetzen müssen. Das ist m. E. der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich (Galais) behalten. Tun sie das nicht, so wäre der Besitz der flandrischen Küste für uns kein Grund zur Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus.

Wir müssen dann die von der flandrischen Küste aus erstrebte Einwirkung auf England auf unwegsam erreichen können. Ich halte das für möglich, wenn Belgien wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich eng verbunden und Wallonien und Flandern geteilt, mit der Zeit den Schutz gegen Frankreich und England von selbst übernimmt und nach Beendigung der Okkupation sich an seine Garantien hält. Der Anschluss Belgiens an Deutschland wird zur Folge haben, daß bei einer Klaren, ihre Ziele verfolgenden Politik Holland an uns gezogen wird, zumal wenn sein Kolonialbesitz durch ein mit uns verbündetes Japan garantiert ist. Damit kommen wir wieder an das England gegenüberliegende Westindien und verwirklichen das Ziel, das die Marine schon jetzt in richtiger Erkenntnis seines Wertes anstrebt.

Wir erhalten eine Stellung Englands gegenüber, die es ermöglicht, unseren Handel im nächsten Kriege aufrecht zu erhalten. Das ist das dritte große Ziel, das wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Hierzu gehören außer Rußland überseeische Absatzgebiete in Südamerika, neue Kolonialreiche in Afrika und Kleinstaatchen inner- oder außerhalb des Kontinents. Namentlich wenn wir jetzt auf die flandrische Küste verzichten, muß die Marine eine neue Stützpunkte als Kompensation haben, was auch der Reichsfeldmarschall ausgesprochen hat, die es ihm ermöglichen, im nächsten Kriege Deutschland den Weg auf den Weltmeeren, und damit seine Schifffahrt nach Ostwärts, zu erhalten. Je mehr wir von diesem Ziel zurückbleiben, desto größer wird das Kapital, das wir einbüßen in Rußland in Deutschland niederlegen müssen.

Daß ein deutscher günstiger Handelsvertrag und das auch ein verbundene Dänemark unsere maritime Stellung und unsere Handelsfreiheit nach Ostwärts würde, sei nur getreift.

(Fortsetzung der Vermittlung)

Herr Erberger behauptet bekanntlich, daß eine Friedenspolitik im August-September 1917 vorhanden habe und als Beweis dafür das englische Telegramm auf die Kapnote. Mir haben schon erklärt, daß dies Telegramm alles andere als ein Friedensangebot darstellt, es enthält Anlagen gegen Deutschland und ist im übrigen lediglich eine Empfangsbefähigung der päpstlichen Note. Daß die Weltmächte im August-September 1917 gar nicht daran dachten, mit Deutschland einen Verständigungsfrieden zu schließen, geht aus den feindseligen Profiteurteilungen jener Tage hervor, die besonders für die damalige, verhängnisvolle Stimmung in den Ententeländern. So kürzlich beispielsweise die Times am 20. September, also vor Abänderung der deutschen Antwort an den Münchener Nuntius, und vor der Ueberlieferung der am 19. September an den Papst gerichteten offiziellen Note:

„Die letzten deutschen Friedensangebote und die Ententung, daß Deutschland allezeit bereit sei, seine Ansprüche auf Belgien aufzugeben, waren in maßgebenden politischen Kreisen als Beweis für die wachsende Uebereignung unter den Deutschen angesehen, daß der Krieg verloren sei und daß Deutschland alle seine Anstrengungen darauf richten müsse, einen möglichst günstigen Frieden zu erlangen. Die falschen Nachrichten über britische Friedensvorschläge, die in Deutschland verbreitet worden sind, und die daran anschließenden Verleumdungen in deutschen Blättern bieten einen doppelten Beweis: erstens dem, die öffentliche Meinung in Deutschland auf eine Verheißung der deutschen Ansprüche vorzubereiten, und zweitens die passivistische Frage nach in dem altierten Kämpfen zu fahren. Diese Wahner sind als Zeichen von Kriegs- und Ungeist des Feindes anzusehen. Aber alle Versuche, die Alliierten von der Verfolgung ihrer Ziele (das waren die Ziele, die im Januar in der Note an Wilson ausgesprochen worden, also im wesentlichen die Ziele des Friedens von Versailles) abzurufen, sind mißglucklich.“

Und die Daily Mail schrieb am selben Tage: „Wenn Deutschland wirklich den Frieden will, muß es Belgien, Nordafrika, Ghasa-Verbindungen, Polen, Serbien, Rumänien, Montenegro und das Trentino aumen, für einen Anzugsregion von geschätzten Schätzen und für das gescheiterte Brutigentum Schadenersatz zahlen, und die Personen, die Schuld an dem gescheiterten Verbrechen dieser bewaffneten Kämpfe tragen, bestrafen. Solange die Deutschen diese Bedingungen nicht erfüllen, gibt es nur einen Ausweg, nämlich immer nur neue Schläge auf sie herabzulassen.“

In Frankreich aber erklärte Poincaré, der nach dem Sturz des Ministeriums Ribot am 17. September Ministerpräsident geworden war, die Desorganisation von Frankreich als ein Verbrechen, das die Alliierten nicht als Minister des Meinen wieder in sein Ministerium einziehen würde. „Nun wir vor der Welt die Fähigkeit der Alliierten fordern, so sind wir Kämpfer mit bestem Recht und fordern vor der Welt die unentbehrliche Verantwortung für einen dauerhaften Frieden. Wenn man uns diese Verantwortung nicht genahet, genahet man uns nichts.“

Wenn also, wie Herr Erberger behauptet, in dem an den Papst gerichteten englischen Telegramm wirklich unter Zustimmung Frankreichs lediglich das Prinzip der Gleichberechtigung als Bedingung der Friedensverhandlungen verlangt wurde, so murde das Kräftiger der feindseligen Kundgebung, das diesen Friedensverhandlungen begleitete, den Klanden an seine Unaufrichtigkeit erklären, und diese Ueberzeugung murde noch verstärkt werden durch den Ton und den Inhalt der Note, mit der Präsident Wilson am 31. August das Angebot des Papstes vom 2. August beantwortete. Denn in dieser Note lehnt er es bekanntlich ab, mit der damaligen deutschen Regierung über den Frieden zu verhandeln.

Neue französische Forderung

Bern, 30. Juli. Der Sonderberichterstatter des Temps meldet aus Straßburg, es sei unbedingt notwendig, daß die badische Grenzlinie auf einstmals Gebiet von Elsas-Verbindungen geschlossen werde, da der Westerebelen der Entente zu einer militärischen Aktion führen könnte. Es sei beabsichtigt, diese Frage einer deutsch-französischen Kommission zur Prüfung zu unterbreiten.

Frankreichs Furcht vor Deutschland

Paris, 30. Juli. Die Friedenskommission der Kammer hörte Clemenceau und Verbeke über die Frage des faltigen Belandnisses an. Clemenceau erklärte, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages Frankreich eine Sicherheit verschaffen, die einer Befreiung der Saltendatige gleichkomme. Es sei nicht möglich, daß die auf 100 000 Mann herabgesetzte deutsche Armee mehrere Millionen Mann ausheben könne, ohne die Aufmerksamkeit Frankreichs und der ganzen Welt auf sich zu lenken.

Demobilisierung der Entente

Amsterdam, 30. Juli. Wie der Telegraph aus London meldet, erklärte Churchill in der letzten Sitzung des Unterhauses nach, daß schon über drei Millionen englische Offiziere und Mannschaften demobilisiert seien. Durchschnitlich würden 6-6000 Mann täglich demobilisiert. Die englische Armee werde bald auschloslich wieder aus Freiwilligen bestehen. Es meldeten sich wohntlich 4-5000 Freiwillige, wodurch die Abschaffung der Dienstpflicht beschleunigt würde.

Steuerfragen der Dänen

Kopenhagen, 30. Juli. Die neuen Steuerentwurfe sollen die Verbrauchsteuer von 60 Millionen Kronen infolge der Erhöhung der Verbrauchssteuer bedeuten, und zwar durch folgende Steuern: Im Laufe des Jahres wird eine Ertragssteuer erhoben und die Einkommen- und Vermögenssteuer, bestimmt von einem Einkommen von 8000 Kronen, erhöhet, für Einkommen von 1 Million und darüber auf 20 Prozent. Außerdem werden ebenfalls besteuert wie Dänen. Die Abgaben der Einkommenssteuer, jetzt 5 bis 8 Prozent, werden abgehehlt 5 bis 35 Prozent können. Die Abgaben für Zuerst werden an 300 bis 1000 Kronen erhöhet, für die folgenden für Automobile mit gewissen Ausnahmen auf 800 bis 600 Kronen.

Abgeordneter Dr. Bruns: Die Opposition der Rechten und der linken Rufen ist sich hierbei einig, daß der Zeitpunkt für die Verfassung sehr geworden sein soll. Die Rechte steht an der alten Verfassung und Dr. Kohl erklärte sie für veraltet, vermutlich in dem Gedanken, daß wir warten sollten, bis eine Partei an die Herrschaft gekommen wäre. Wenn die Verfassung jetzt verabschiedet wird, bewahren wir uns selbst sowohl vor der Diktatur von rechts, als auch vor der von links. (Widerspruch bei der Rechten und dem U. S. Westfall der Rechten). Die Frage, wie die Verfassung werden wird, kann lediglich von ihrer Ausführung ab, also von dem letzten der Vandlungen. Im politischen Kämpfe wird sich die Auslese für die staatsmaßige Arbeit geeigneter Führer, die das Vertrauen des Volkes haben, vollziehen. Man beschränkt aber diese Auslese nicht, wenn man es hier leitens der Opposition, der Rechten, geschehen lässt, immer das Alle in der Verfassung steht, das an seiner Unhaltbarkeit unangenehm ist. (Wohl Westfall).

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Präsident Lehmann: Es liegt eine große Reihe von Worten und Anfragen vor, die nicht der unangenehmen Meinung, daß die Sache nicht hier in der dritten Lesung auf die unangefangenen Ausführungen in der zweiten Lesung bezuhen können (Sehr richtig und Zustimmung), da neue Gedanken kaum mehr geäußert werden können. Ich möchte deshalb den bescheidenden Wunsch ausdrücken, sich wenigstens der möglichsten Kür zu halten. In der Einzelberatung wird hierauf Ueberseheit und Einzelne formales betriebslos angenommen.

Artikel 1 des ersten Hauptabschnittes (Aufgaben und Aufbau des Reiches) lautet: „Das Deutsche Reich ist die Staatsgewalt nach dem Volke aus.“ Dr. Bruns: Es handelt von der Reichsform. Ein Antrag Dr. Heine (D. S. P.) für die Farben schwarz-rot-weiß-rot wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teiles der Demokraten und des Zentrums abgelehnt. (Das Ergebnis wird von der Rechten und Sozialdemokraten, die eine gewisse Unruhe und armende Stimmung bei den Reichstagspartei). Präsident Lehmann: Ich muß mit aller Entschiedenheit erklären, daß irgendwelche Abstimmungen, die hier vorgenommen werden, mit solchen Rufen begleitet werden. Das ist eine grobe Ungehörigkeit.

Artikel 3 wird hierauf in der Fassung eines Antrages Gaußmann (D.) angenommen: „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-weiß. Die Staatsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.“ Eine Reihe weiterer Artikel wird unbedeutend angenommen.

Artikel 17, der die Verfassung der Länder betrifft, setzt aus für die Gemeinwesen die Grundlagen der allgemeinen Wählen an. Dazu wird ein Antrag Knapp (D.) angenommen, daß das Wahlrecht für Gemeinwesen durch Bundesgesetz von einem einzigen Wahlberechtigten in der Gemeinde abhängig gemacht werden kann.

Die Abstimmung über Artikel 18, der die Verankerung des Gebietes von Ländern usw. betrifft, wird vertagt, da ein dazugehöriger Antrag nicht in der Hand der Regierung liegt. Artikel 22 setzt nämlich die Wahlperiode des Reichstags auf fünf Jahre fest. Ein Antrag Wieg (D.) mit dreijähriger Wahlperiode. Ein Antrag Erckens (D.) vierjährige. Nach kurzer Debatte wird die vierjährige Wahlperiode in Ausführung mit 169 gegen 190 Stimmen angenommen.

Die Artikel 22-28 werden in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Zu Artikel 37, wonach die Abgeordneten während der Tagungszeit nicht verhaftet oder in Untersuchung gezogen werden können, beantragt Abgeordneter Gaußmann (D.), statt „Tagungszeit“ zu setzen „am 3. und 4. Tag“ (D. S. P.). Knapp (D.) bringt einen neuen Antrag ein, das Wort „Tagungszeit“ durch „Sitzungsperiode“ zu ersetzen. Dieser Antrag wird angenommen und mit dieser Veränderung der Artikel 37.

Artikel 38 beantwortet Wg. Dr. Knapp (D. S. P.), die Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit der Fassung, daß in Beziehung auf die Beschaffung von Schriftstücken die Abgeordneten den Personen gleichstehen, die ein gesetzliches Beamtensverweigerungsrecht haben. Geheimrat Buehler stimmt namens der Reichsversammlung dem Antrage Dr. Knapp zu, der nicht nur juristisch präziser ist, sondern auch dem guten Geschmack entspricht. Artikel 38 wird mit dem Antrage Dr. Knapp angenommen.

Die Artikel 39 und 40 werden nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Am 2 Uhr wird die Weiterberatung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

Nachmittagsitzung

Am Regierungstische: Bauer, Dr. Frey, Schucke. Präsident Lehmann erfnet die Sitzung um 4 Uhr 10 Min. Die dritte Beratung über den Verfassungsentwurf wird beim dritten Abschnitt (Artikel 41-60) über Reichspräsident und Reichsregierung abgeleitet. Der Antrag (Artikel 41) schließt die Fassung: „Ich schwure, daß ich meine Kraft dem Volke des deutschen Reiches widmen, seinen Rechten wehren, Schaden von ihm wehren, die Rechte des Reiches wehren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann uhen werde.“ Auf Antrag Dr. Knapp (D.) werden die Artikel 48 und 49 (Ermächtigung des Reichspräsidenten) abgelehnt. Die Artikel 50-52 werden nicht erläßt, und gegen Sitzungen der öffentlichen Sicherheit zusammengefaßt mit der Veränderung, daß der Reichspräsident vor beschleunigten Vorgehen gegen ein Land den Reichstag verhandeln muß. Im übrigen gelangt der Abschnitt unbedeutend zur Annahme. Im vierten Abschnitt (der Reichsgericht) wird in Artikel 69 auf Antrag Gaußmann (D.) die Bestimmung, getrieben, daß, wenn gemäß Artikel 18 in einem Lande ein Gebiet...

Abgeordneter Wieg: Die Besetzung vollzogen worden ist, das Stimmrecht im Reichsrat durch Reichsrecht neu geordnet werden soll. Im übrigen wird der Abschnitt (Artikel 61-68) unbedeutend angenommen.

Am Abschnitt V (Reichsgesetzgebung) werden die Artikel 74 und 76 (Reichsgesetz und Reichsfinanz) abgelehnt, da neue Anträge in Vorbereitung sind, zurückgestellt. Im übrigen wird der Abschnitt (Artikel 69-77) unbedeutend angenommen.

Am Abschnitt VI (Reichsverwaltung) wird Artikel 79 in Hinblick auf die Bestimmung des Friedensvertrages nach einem Antrage Dr. Spahn (D.) in folgender Fassung angenommen: „Die Verleitung des Reichs ist Reichsgefahr. Die Reichsverwaltung des Reiches soll unter Beachtung der besonderen landwirtschaftlichen Eigenarten durch ein Reichsgericht einheitlich geregelt.“

In Artikel 91 (Reichsregierung) erklärt mit Zustimmung des Reichsrates die Verordnungen, die den Bau, den Betrieb und den Verkehr der Eisenbahnen regeln, will ein Antrag Dr. Knapp (D.) hinzugefügt: „Es kann diese Bestimmung mit Zustimmung des Reichsrates auf den Reichsgerichtsbereich übertreten.“ Staatsminister Dr. Bruns hat es für besser, statt „den Reichsminister“ zu sagen „den künftigen Reichsminister“.

Abg. Knapp (D.) bringt diese Aenderung als Antrag ein. Der Antrag Dr. Knapp wird mit dem Antrag Knapp (D.) angenommen und mit diesem Zusatz der Artikel 91. Der Abschnitt Reichsverwaltung (bis Artikel 100a) wird nach der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Artikel 103 bestimmt unter anderem: Die militärischen Ehrengerichte sind aufzuheben. Ein Antrag Knapp und Genossen (Deutschnational) beantragt, diesen Satz zu streichen.

Beachtlicher Abgeordneter Lehmann: Eine Bestimmung, die sich nicht in der Verfassung und verdammt manchen Weg des Wiederaufbaus. Die alte Form des Disziplinartwrens kann nicht aufrechterhalten werden, aber an der neuen wollen wir zusammen beraten und mitarbeiten.

Nach kurzer Debatte wird der Artikel in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Artikel 104 wird nach einem Antrage Gaußmann (D.) in abgeandelter Form folgendermaßen angenommen: „Die Militarstrafbarkeit ist aufzuheben, außer für Kriegsschiffe und an Bord der Kriegsschiffe.“

Der Rest eines Abschnittes (bis Artikel 106) wird in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Der erste Abschnitt (Artikel 108-117) handelt von der Einzelnen.

Abg. Knapp (D.): Wir beraten heute auf den Verordnungs- und Grundrechte nach der zweiten Lesung, stellen aber fest, daß noch unsere Meinung die Grundrechte die Quelle der Reichsjustiz, sondern der Reichsverwaltung sind. Am Artikel 108 (Gleichheit vor dem Gesetz), wonach unter anderem öffentlich-rechtliche Vorentscheid oder Nachteile der Geburt oder des Geschlechtes nicht auf Antrag des Abg. Spahn (D.) die Verenderung beschließen, daß sie aufgehoben sind.

Zum Artikel 118, der die persönliche Freiheit betrifft, beantragt der Abgeordnete Wieg (D.) und Dr. Knapp (D.) eine Bestimmung über die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs mit dem Ziel einer Verfeinerung der Strafbestrafung dem Reichstagsvorlagen.

Die Abg. Dr. Stäube (D.), Dr. Knapp (D.) und Dr. Knapp (D. S. P.) beantragen eine Gesetzgebungsvorlage, nach dem in allen Fällen, in denen das Gesetz ausführlich die Todesstrafe vorseht, mildernde Umstände zugelassen werden und während neben der Todesstrafe die Verhängung einer Freiheitsstrafe zulässig ist.

Die Beschlussfassung wird beschlossen, nach dem Antrag des Abg. Spahn (D.) der die Verenderung der Grundrechte unbedeutend angenommen.

Es folgt die Beratung des zweiten Abschnittes der Grundrechte (Artikel 118-131).

Artikel 118 erklärt auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (D.) die Fassung: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und für die Erhaltung und Verbesserung der Nation unter dem besonderen Schutze der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.“

Nach Artikel 119, Erziehungswesen, der Eltern erkläre ich eine längere Bestimmung, welche sich auf Artikel 119, Erziehungswesen, bezieht, wonach auf Antrag des Abg. Spahn (D.) die Beteiligung der Frauen an der Ausprache auf der Rechten die Verenderung falt: Wenn sie losgelassen!

Unter Ablehnung des Antrages der Reichstagsopposition, daß das ein gesetzliches Kind den Namen des Vaters und der Mutter erhalten soll, und des Antrages der unabhängigen Sozialdemokraten, daß das uneheliche Kind dem ehelichen gleichgestellt soll, gelangt Artikel 119 im Wortlaut der zweiten Lesung zur Annahme. Auf Antrag Dr. Spahn (D.) wird der zweite Absatz des Artikels 119, der die unehelichen Kinder betrifft, zu einem besonderen Artikel 119a gemacht. Im übrigen wird der Abschnitt unbedeutend angenommen. Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstags 9 1/2 Uhr vertagt.

Um das Schulkompromiß

Weimar, 30. Juli. In den letzten Tagen fanden vier Verhandlungen zwischen den beiden Parteien, die das bisherige Schulkompromiß trugen, und den Demokraten statt in der Absicht, die drei Parteien in der kritischen Schul- und Bildungsfrage zu einigen. Nach längeren Verhandlungen kam es zu einer Abstandigung über den Absatz 2 des Artikels 148, der nach einem gemeinsamen Antrag der drei Parteien folgendermaßen lautet: „Innershalb der Gemeinden sind auf Antrag der berechtigten Volksschulen ihres Bereiches ein oder mehrere Volksschulen einzurichten, soweit hierfür ein besonderer Schulbetrieb, auch im Sinne des Absatzes 1, nicht eintraftig wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Rathere bestimmt die Zusammenstellung nach den Grundsätzen eines zu erlassenden Reichsgesetzes.“

In die Übergangsbefimmungen soll weiter folgende Bestimmung aufgenommen werden: ...

Revison der Besoldungsordnung

Berlin, 30. Juli. Die Reichsregierung hat am 29. Juli mit der preussischen Landesregierung eingeleitet die Frage der Zulassung ...

Die Flotte in Scapa Flow wird gehoben?

London, 30. Juli. "Morning Standard" meldet, man habe im Gegensatz zu der ...

Belgien wird ratifizieren

Antwerpen, 30. Juli. Der "Telegraaf" meldet aus Brüssel, daß der ...

Bedingungen für den Wiederaufbau Frankreichs

Berlin, 30. Juli. Bei der Erstellung von freien Arbeitskräften für Nordfrankreich ...

Der Ruin Deutsch-Oesterreichs

Wien, 30. Juli. Der Wiener Gemeinderat hielt gestern eine außerordentliche Sitzung ab, um zu den Friedensbedingungen ...

Halle und Umgebung

Neuordnung der Polizei

Neuer die staatliche Neuorganisation der Polizei wird folgendes mitgeteilt: Durch die Bedingungen des Friedensvertrages, die uns verpflichten, ab 1. April 1920 unsere Wehrmacht auf 100 000 Mann zu reduzieren, ist eine Umstrukturierung der Polizei durch das Militär in dem früheren Maße unmöglich geworden. ...

Nachdem der Oberbürgermeister in einer der letzten Stadtvorbereitungssitzungen erklärt hat, er werde bei der Staatsregierung Antrag auf Verstaatlichung der Halle'schen Polizei stellen, haben die oben wiedergegebenen Organisationspläne auch für die hiesigen Verhältnisse brennendes Interesse. ...

Anmeldung von Veränderungen in den Haushaltungen

Verpflichtung der Lebensmittelfische. Der Magistrat macht bekannt: Die Vorschriften über die Anmeldung von Veränderungen in den Haushaltungen zum Zwecke der Verpflegung der Lebensmittelfische werden vielfach außer Acht gelassen. ...

Wohntische: des Wohnzimmers, und dem die ...

Der derzeitige Kriegszustand hat den Deutschen ...

Fast für die Besessenen in Polen. Für die in politischen ...

Er hatte es vermeiden wollen, aber das Schicksal war ...

Das grüne Juwert

38) Erzählung von Otfried von Saubert. Herr Becker, es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, daß der Herr Staatsanwalt meinem Antrag stattgegeben hat. ...

Seine Erbarnisse? O böter, böter Rausch, der ihn zu Wanda Rodieska getrieben.

Gretchen? Sie war die einzige, die zu ihm gehöret. Sie die am ersten Liede gelobt, ihn zu verlassen — aber nun? ...

Er hatte es vermeiden wollen, aber das Schicksal war ...



